



Detailansicht des Registereintrags

Solidarisches Gesundheitswesen e.V.

Aktuell seit 09.06.2026 11:56:53

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000956
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	09.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	09.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: c/o Bernhard Winter Falkstraße 34 60487 Frankfurt/Main Deutschland Telefonnummer: +4915140705434 E-Mail-Adressen: solid.g-wesen@posteo.de Webseiten: http://www.solidarisches-gesundheitswesen.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr.med. Bernhard Winter**
Funktion: Vorsitzender
2. **Dr.phil. Nadja Rakowitz**
Funktion: stellv.Vorsitzende
3. **Dr.med. Jürgen Seeger**
Funktion: stellv.Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Karen Spannenkrebs**

Gesamtzahl der Mitglieder:

18 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (1):

1. Bündnis Krankenhaus statt Fabrik

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Politisches Leben, Parteien; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verein Solidarisches Gesundheitswesen e.V. engagiert sich für ein Gesundheitswesen, das allen Menschen einen sicheren Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung sowie Teilhabe an gesundheitlicher Prävention und Gesundheitsförderung ermöglicht. Wir treten für den Abbau gesundheitsgefährdender Verhältnisse in Gesellschaft und Umwelt ein. Und wir wollen uns besonders dafür einsetzen, dass bisher sozial und ökonomisch benachteiligte gesellschaftliche Gruppen (z.B. Arme, Geflüchtete, Migrant*innen) an der medizinischen Versorgung und Gesundheitsförderung teilhaben können. Wir widersetzen uns deshalb allen Tendenzen, soziale Gruppen von der medizinischen Versorgung auszuschließen oder ihre Gesundheitsressourcen zu beschneiden. Armut und Ausgrenzung machen krank. Das muss und soll nicht so bleiben: Wir wissen, dass gesundheitliche Belastungen und gesundheitsdienliche Ressourcen auch in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland sehr ungleich verteilt sind. Armut erhöht das Krankheitsrisiko in unserer Gesellschaft erheblich und ist zu einem großen Teil verantwortlich für die gesundheitliche Ungleichheit. Im Einklang mit der WHO-Deklaration von Alma Ata (1978) und der WHO Kommission zu den Sozialen Determinanten der Gesundheit (2008) sehen wir in dem Abbau sozialer Ungleichheit einen zentralen Bestandteil der Gesundheitspolitik. Mit dem Verein Solidarisches Gesundheitswesen treten wir daher für eine gerechte Verteilung des

gesellschaftlichen Reichtums, eine ausgleichende Sozialpolitik, solidarische Gesundheitsfinanzierung, gute Arbeits- und Wohnverhältnisse sowie eine gesunde Umwelt ein. Wir versuchen, diese Zusammenhänge zwischen sozialen Verhältnissen und Gesundheit in Publikationen, Bildungsveranstaltungen darzustellen und zu vermitteln und arbeiten mit an der Entwicklung entsprechender gesundheitspolitischer Konzepte. Der Verein steht allen offen, die seine Ziele teilen. Wir engagieren uns in Kooperation und Vernetzung mit bereits bestehenden Organisationen und Initiativen.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG

Beschreibung:

Es geht um die Reform des Systems der Krankenhausfinanzierung. Ziel von KsF ist eine bedarfsgerechte und kostendeckende Finanzierung, in der Gewinne verboten sind und die notwendigen Strukturen unter breiter demokratischer Beteiligung geplant und kostendeckend finanziert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

2. Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz GVSG

Beschreibung:

Es geht um die Reform der ambulanten Versorgung. Unser Ziel ist ein nonprofit-Primärversorgungssystem mit multiprofessioneller Zusammenarbeit und demokratischer Bedarfsplanung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[SG_Rechenschaftsbericht_2025_final.pdf](#)